

Bekanntmachung

**des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein, - Amt für Planfeststellung Verkehr -**

**über die Auslegung des Planergänzungsbeschlusses vom 01.04.2022 und des
festgestellten Plans,
abschließende Entscheidung über Lärmschutzansprüche an der A 1 im Bereich
von Betr.-km 49+000 bis 51+900, hier von Bau-km 49+000 bis 50+552,
Richtungsfahrbahn (Rifa) Hamburg - Lübeck**

für das **Planfeststellungsverfahren** nach §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG)
i.V.m. §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 40 Abs. 5 Straßen- und
Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) – jeweils in der derzeit gülti-
gen Fassung für das nicht UVP-pflichtige **Vorhaben zum Bau von Lärmschutzanla-
gen an der A1 auf dem Gebiet der Gemeinde Hamberge** des Amtes Nordstormarn.

I.

Das Amt für Planfeststellung Verkehr im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (Planfeststellungsbe-
hörde) hat mit Beschluss vom 01.04.2022, Az. APV29-553.32-A1-254, den Plan für
das oben genannte Vorhaben festgestellt.

II.

1. Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer
Ausfertigung des festgestellten Plans einschließlich Rechtsbehelfsbelehrung
zur Einsicht aus in der Zeit **ab 20. April 2022 bis einschließlich 04. Mai 2022**
beim **Amt Nordstormarn**, Zimmer A1, EG, Am Schiefen Kamp 10, 23858 Rein-
feld, zu den Öffnungszeiten: **Montag bis Freitag, täglich 09.00 bis 12.00 Uhr**
sowie **Dienstag** in der Zeit von **14.00 bis 16.00 Uhr** sowie **Donnerstag** in der
Zeit von **15.00 bis 18.00 Uhr**.

Bitte informieren Sie sich direkt bei der Auslegungsstelle (Tel. 04533/2009-63)
über die konkret vor Ort geltenden Hygiene-Regelungen zum Auslegungszeit-
punkt (ggfls. gilt mindestens FFP2 Maskenpflicht).

2. Der Planfeststellungsbeschluss wird denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahmen entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Abs. 4 Satz 1 VwVfG).
3. Gemäß § 74 Abs. 4 Satz 3 VwVfG gilt der Planfeststellungsbeschluss den Betroffenen, denen er nicht gesondert zugestellt wurde, mit dem Ende der zweiwöchigen Auslegungsfrist als zugestellt.
4. Der Planfeststellungsbeschluss sowie die planfestgestellten Unterlagen sind darüber hinaus mit Auslegungsbeginn digital unter www.schleswig-holstein.de/APV, dort zu finden unter >Online-Portal< und auf der Onlineplattform für Planfeststellungsverfahren des Landes Schleswig-Holstein www.planfeststellung.bob-sh.de (unter Straße – A 1 Bau von Lärmschutzmaßnahmen in der Gemeinde Hamberge) einsehbar. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der vor Ort in den Auslegungsstellen zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

Kiel, den 04.04.2022

gez. A. Gerhardt

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Arbeit, Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein
- Amt für Planfeststellung Verkehr -